

Was tut die Politik?

DEBATTE Über Flucht und die Ursachen wurde am Gymnasium Alexandrinum angeregt diskutiert.

Coburg – Am Freitag war es endlich soweit: Nachdem sich die Schüler der 10. Klassen des Gymnasium Alexandrinum wochenlang intensiv auf den Projekttag vorbereitet hatten, konnten sie nun stolz die Ergebnisse ihrer Rechercharbeiten präsentieren und am Ende eines erkenntnisreichen Schultags mit drei politischen Vertretern diskutieren. Zu Gast waren Coburgs Dritter Bürgermeister Thomas Nowak, CSU-Landtagsabgeordneter Jürgen W. Heike und Wolfram Klatt von der Amnesty-International-Hochschulgruppe Coburg, Lisa Köhler moderierte die Podiumsdiskussion an.

Bürgermeister Nowak sprach in einem ersten Statement zur aktuellen Flüchtlingssituation in Coburg. Er stellte die Flüchtlingszahlen für die Stadt vor und betonte, dass Coburg die Quote nach dem Königsberger Schlüssel mit 975 Geflüchteten übererfülle. Auch betonte er, dass die Mehrheit der Geflüchteten in

Coburg jünger als 35 Jahre sei. Er gehe von weiterhin steigenden Zahlen von Ankommen aus. Wichtig für die Integration ist dem Dritten Bürgermeister vorrangig das zügige Erlernen der deutschen Sprache und die Vermittlung in Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse.

Wie ist Afghanistan einzuordnen?

MdL Heike betonte eingangs, wie wichtig ihm die Unterscheidung der Ankommen in Asylbewerber, Kriegsflüchtlinge und Wirtschaftsflüchtlinge sei. Denn Menschen, die politische Verfolgung aufgrund von Rasse, Religion, Geschlecht oder aus anderen politischen Gründen erleiden und Menschen, die vor Krieg flüchten, genießen unangefochten und indiskutabel Schutz durch unsere Verfassung bzw. die Genfer Flüchtlingskonvention. Durch den Bürgerkrieg in Syrien „leidet hauptsächlich die Zivilbevölkerung“ und subsidiärer Schutz sei selbstverständlich. Dahingegen sprach er

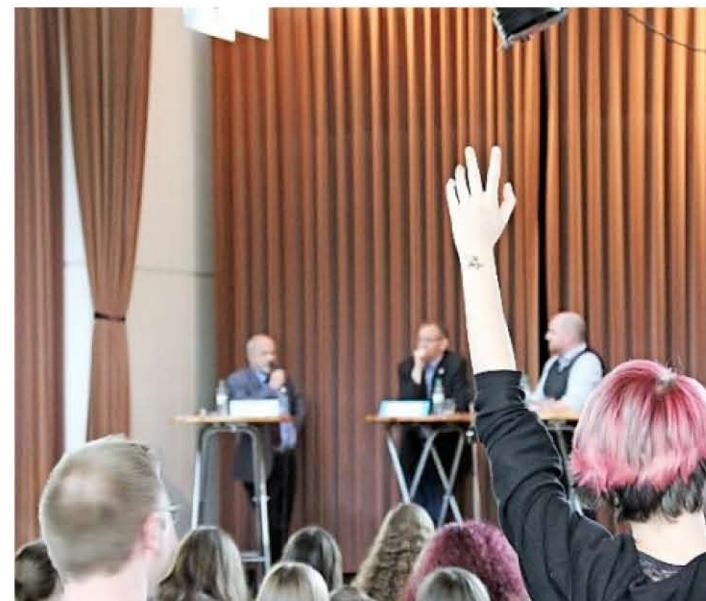
sich für eine zügige Rückführung von Menschen zum Beispiel aus den Balkanstaaten aus, die als Wirtschaftsflüchtlinge in Deutschland nur nach einem besseren Lebensstandard streben. Wolfram Klatt betonte zunächst, dass es sichere Fluchtwege nach Europa geben müsse.

Nowak erläuterte auf die Frage Ghiath Hamads, wie viele Geflüchtete aus Coburg in diesem Jahr bereits abgeschoben worden seien, dass er häufig Bauchschmerzen mit der Rückführung von Geflüchteten habe, nicht jedoch, wenn diese straffällig würden. Heike argumentierte aus der Sicht eines Juristen, dass in Deutschland die Rechtsstaatlichkeit gewährleistet sei, und er es deshalb für gut und richtig befände, wenn in diesem Jahr bislang etwa 800 bis 1000 Menschen abgeschoben wurden, weil sie straffällig geworden seien. Bei Afghanistan schieden sich die Geister, und Wolfram Klatt zitierte die Einschätzung der Vereinten Nationen, Afghanis-

tan sei „volatil“, die aktuelle instabile politische Situation könne also jederzeit in bürgerkriegsähnliche Zustände kippen. Bürgermeister Nowak gestand, dass er eine „innere Zerrissenheit“ in Bezug auf Afghanistan fühle. Im Moment würde er niemanden dorthin zurückführen wollen. Heike dagegen vertrat die Ansicht, dass die vorwiegend jungen Afghanen sich am Wiederaufbau Afghanistans beteiligen sollen statt nach Deutschland zu flüchten.

Fragwürdige Waffengeschäfte

Noah Ruppenstein wollte wissen, was die Politik tut, um Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu bekämpfen. Heike sprach einerseits von Entwicklungshilfe in finanzieller Form, lobte aber auch das Engagement von Landwirten aus der Coburger Region, die etwa in Guinea in einem Pilotprojekt versuchten, mit ökologischer Landwirtschaft Menschen eine Bleibeperspektive zu eröffnen.



Mit engagierten Wortmeldungen mussten sich (von links) Jürgen W. Heike, CSU, Landtagsabgeordneter für den Stimmkreis Coburg, Thomas Nowak, SPD, dritter Bürgermeister und Wolfgang Klatt, Amnesty International Coburg, auseinandersetzen.

Foto: Wendelin Mark

Auch provokative Fragen blieben nicht aus. So bezeichnete Jan Seiler die Tatsache, dass deutsche Unternehmen Waffen an fragwürdige Kunden liefern, während der deutsche Staat viel Geld in Entwicklungshilfe steckt, solange die Menschen aus Afrika nur nicht zu uns kämen, als scheinheilig. Wolfram Klatt bestätigte diese globale Sichtweise.

Heikes „Herzansliegen“ sei es, die Schleuserindustrie, die im vergangenen Jahr rund 7 Milliarden US-Dollar mit dem Leid der Flüchtenden verdiente, zu unterbinden. Und hier waren sich schließlich sogar Klatt und Heike einig, dass Europa sichere Fluchtwege brauche und die EU einen Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge in Europa einführen solle. *red*